

## Rußlands 'Bedrohungen aus dem Süden'. (II): Entwicklungen in Afghanistan

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1998). *Rußlands 'Bedrohungen aus dem Süden'. (II): Entwicklungen in Afghanistan*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 37/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47636>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Rußlands "Bedrohungen aus dem Süden"

### Teil II: Entwicklungen in Afghanistan

#### **Zusammenfassung**

Im August 1998 erreichten die Taliban mit der Eroberung Mazar-i-Sharifs und der Zurückdrängung der zerstrittenen Nordallianz ihre bislang größte Machtausdehnung in Afghanistan. Damit rückte "Talibanistan" an die Süd-Grenzen der GUS heran. In Moskau und den Hauptstädten der zentralasiatischen GUS-Staaten rief dieser Vorgang Reaktionen hervor, in denen Besorgnis um die Sicherheit der südlichen Grenzen der GUS und der gesamten zentralasiatischen Region bekundet wurden. Dabei wurden den Taliban zumeist islamistisch-expansionistische, über die Grenzen Afghanistans hinausgreifende Ziele unterstellt. Es kam bisher jedoch nicht zu einer weiteren, um Rußland herum angelegten "sicherheitspolitischen Integration" der "bedrohten" Staaten. Während sich Tadschikistan und Kirgistan enger an Rußland anlehnten, blieb Turkmenistan bei seiner Absage an multilaterale Integrationsstrukturen und bei seiner Neutralitätshaltung. Änderungen im Verhalten gegenüber den afghanischen Konfliktseiten zeichnen sich möglicherweise in der Politik Taschkents ab. Rußland kann die Alarmstimmung an der Südgrenze der GUS kaum für eine Festigung seiner Position in Zentralasien nutzen, zumal es in dieser Situation von seiner bisher größten Finanz- und Politikkrise geschwächt wird.

#### **Talibanherrschaft und Sicherheit der südlichen GUS-Grenzen**

Seit die Taliban 1996 Kabul erobert hatten und fortan ihre von Rußland und Iran unterstützten Gegner in der "Nordallianz" bedrängten, waren in Moskau und in den zentralasiatischen Staaten, besonders in Usbekistan, Bedrohungsszenarien für den GUS-Raum formuliert worden. So hatte bereits im Sommer 1996 Außenminister Primakow vor den "Wogen des Fundamentalismus" gewarnt, die "aus dem destabilisierten Afghanistan" nicht nur auf das ebenfalls destabilisierte Tadschikistan, sondern auf das ganze exsowjetische Zentralasien schwappen würden. Solche Vorstellungen gingen von der Annahme aus, daß die Taliban eine expansionistisch-islamistische Kraft darstellen und sich nicht auf die Herrschaft über Afghanistan beschränken würden. Aussagen über ihre angebliche Absicht, Samarkand und Bucharä "zu befreien", wurden für bare Münze genommen. Ein zentrales Element in dieser Bedrohungsperzeption war die Destabilität des konfliktgeplagten Tadschikistan. Tatsächlich verläuft die sicherheitspolitisch brisanteste Grenzlinie in Zentralasien zwischen Tadschikistan und Afghanistan, zwischen zwei "Staaten", die beide einen Verfall von Staatlichkeit erlitten haben und zwei ein-

ander überlappende Konfliktzonen bilden, wobei sich in Tadschikistan seit einem Friedensabkommen von 1997 und der Beteiligung von Oppositionskräften an der Regierung die Konfliktlage etwas entspannt hat. Auch der wesentlich kürzere Grenzabschnitt Afghanistans zu Usbekistan wird als brisant wahrgenommen und stand im Zusammenhang mit der jüngsten Taliban-Offensive in Nordafghanistan im Mittelpunkt von Grenzschutzmaßnahmen. Dagegen stellt Turkmenistan seine Nachbarschaft zu Afghanistan als unproblematisch dar, wie sich überhaupt dieses Land nicht an der Islamismusfurcht seiner Nachbarn beteiligt und pragmatische Beziehungen sowohl zum Iran als auch zu den Taliban unterhält.

Die Grenzen der neuen Staaten Zentralasiens zu Afghanistan stellen vor allem eine Trennlinie zwischen verwandten Ethnien dar. Afghanistan besteht aus über zwanzig Volksgruppen, deren regionale Eigenständigkeit eine solide afghanische Nationalstaatsbildung verhinderte. Einige größere Ethnien wie Tadschiken, Usbeken und Turkmenen haben ihre Entsprechung in den Titularnationen von Nachbarstaaten in der GUS. Ein Zerfall Afghanistans in ethnische Bestandteile würde die Sicherheit dieser Staaten womöglich stärker treffen als eine Konsolidierung der von der größten Volksgruppe, den Paschtunen, getragenen Taliban-Herrschaft auf dem Gesamtterritorium des Landes, so unsympathisch eine "pax talibana" unter menschenrechtlichen und kulturellen Gesichtspunkten auch erscheinen mag. Noch ist eine solche Machtkonsolidierung trotz des jüngsten militärischen Erfolgs der von Pakistan und Saudi-Arabien unterstützten Taliban nicht in Sicht. Die Kämpfe gehen weiter; die Nordallianz schaltet auf Partisanentaktiken um. Die Taliban selber haben in ihrem Machtbereich zwar ihre ultratraditionalistischen und extrem rigiden Moralvorstellungen durchgesetzt, aber noch keine funktionsfähige Verwaltung geschaffen.

### Reaktionen auf die neueste Offensive der Taliban

Das Außenministerium und das Verteidigungsministerium Rußlands gaben im August 1998 Erklärungen zu den Kampfhandlungen in Afghanistan ab, in der große Besorgnis über die Sicherheit in Zentralasien und an den Südgrenzen der GUS bekundet wurde. Dabei zeigte das Verteidigungsministerium allerdings stärkere Zurückhaltung als die Sprecher des Außenministeriums. "Soweit wir selber betroffen sind," so Vize-Außenminister Pastuchow, "behalten wir uns das Recht zu Maßnahmen vor, die für die Stärkung der Sicherheit unserer Außengrenzen in Übereinstimmung mit dem (GUS-) Vertrag über kollektive Sicherheit vom 15. Mai 1992 notwendig erscheinen. Dies sind keine leeren Worte. Unser Machtwort wird nicht nur auf dem Papier stehen, sollten unsere nationale Sicherheit und unsere Grenzen in Gefahr geraten".<sup>1</sup> Rußland beabsichtige freilich keine Militärintervention in Afghanistan, wohl aber eine Verstärkung seiner Militärpräsenz und seiner Grenzschutzmaßnahmen in Tadschikistan. Pastuchow sparte nicht mit Kritik an der in innere Machtkämpfe verstrickten Nordallianz, der es an politischem Willen zum Widerstand gegen die Expansion der Taliban gefehlt habe. In einem weiteren Kommentar räumte er ein, daß die Taliban nicht nur aus jenen Kräften bestehen, die einen "aggressiven islamischen Extremismus" verkörpern, sondern auch aus "moderaten, konstruktiven und realistischen Kräften". Diese müßten sich artikulieren und eine konstruktive Note in die Suche nach einer Friedensregelung in Afghanistan einbringen.<sup>2</sup>

Äußerst scharf wurde Pakistan kritisiert. Diesmal sei die Operation der Taliban unter direkter Mitwirkung pakistanischen Militärs erfolgt, und diese Unterstützung sei ausschlaggebend für den Erfolg der Offensive gewesen. Islamabad habe sowohl bei ihrer Planung und materiellen Absicherung als auch unmittelbar an den Kampfhandlungen mitgewirkt, angeblich mit 1.500 Soldaten und Suchoj SU-Jagdbombern vom Militärflughafen in Peshawar aus.<sup>3</sup> Diese Angaben wurden von Pakistan de-

<sup>1</sup> RTR, Moskau, russ., SWB-SU/3301 B/10 (38), 7.8.1998.

<sup>2</sup> ITAR-TASS, 13.8.1998, SWB-SU/3305 B/11 (35), 14.8.1998.

<sup>3</sup> ITAR-TASS, russ., 11.8.1998/14.17/be (Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland 12.8.1998, S.1); SWB-SU/3305 B/11 (34), 13.8.1998.

mentiert<sup>4</sup> und auch in westlichen Kommentaren als unwahrscheinlich qualifiziert, wengleich eine grundsätzliche Unterstützung der Taliban durch Pakistan außer Frage steht.

Im Zusammenhang mit der Taliban-Offensive war in russischen und zentralasiatischen Kommentaren so häufig wie nie zuvor die Rede vom "Mechanismus der kollektiven Sicherheit der GUS", d.h. von dem in westlichen Analysen eher schon abbeschriebenen GUS-Sicherheitspakt. Sein Koordinationsorgan, der "Rat der Kollektiven Sicherheit" (SKB), rief die Vertreter der beteiligten GUS-Staaten zu Konsultationen nach Moskau. Vorläufig ist man allerdings nur zur Fortsetzung der Konsultationen und noch nicht zu gemeinsamen Maßnahmen übereingekommen.<sup>5</sup>

Die Zeitung "Izvestija" stellte am 11. August die militärische Präsenz Rußlands in Zentralasien als unzureichend dar, um dem "aggressiven, bewaffneten Fundamentalismus" zu widerstehen. Die in Rußland gemachten Angaben zur militärischen Stärke der Taliban sind widersprüchlich. Der russische Generalstab schätzt ihre Truppen zwischen 10.000 und 30.000 Mann mit kampffähiger, wenn auch nicht modernster Bewaffnung. Dem steht ein russisches Militärdispositiv in Zentralasien gegenüber, das aus der 201. Motor-Infanteriedivision, die laut "informierten Quellen im russischen Verteidigungsministerium" von 5.000 auf 10.000 Mann verstärkt werden soll,<sup>6</sup> und den Grenzschutztruppen in Tadschikistan sowie vier Luftbasen in Kirgistan besteht. Auch aus Kreisen des Generalstabs verlautet die These von der unmittelbaren militärischen Beteiligung Pakistans an der jüngsten Offensive und die Prognose, daß die Taliban an der Südgrenze der GUS nicht halt machen würden. Man arbeite derzeit Operationspläne für die Bekämpfung von aus Afghanistan in den GUS-Raum eindringende Truppen aus. Militäraktivitäten der Taliban in Nordafghanistan würden lückenlos beobachtet werden, wobei das Potential des Satellitenüberwachungszentrums der GRU genutzt werden soll.<sup>7</sup> Außerdem wies der Generalstab auf den unkontrollierbaren Waffentransfer über die Grenze mit Afghanistan hin, was allein schon eine Gefährdung der Sicherheit der südlichen GUS darstelle. Die neuesten Entwicklungen in Afghanistan haben zwar Alarm im russischen Verteidigungsministerium ausgelöst, aber außer Konsultationen mit den militärischen Partnern in Zentralasien ist bisher nicht viel geschehen. Um den "Mechanismus der kollektiven Sicherheit" auszulösen, müßte eine klare Initiative zu gemeinsamen Aktionen aus Zentralasien selber kommen.<sup>8</sup>

Moskau betont grundsätzlich, daß ein Friedensprozeß in Afghanistan nur durch Verhandlungen zwischen allen afghanischen Konfliktseiten *ohne ausländische Einmischung*, aber unter aktiven Vermittlungsbemühungen der Weltgemeinschaft unter Schirmherrschaft der UNO zu erreichen sei. Diese Doktrin wirkt aber angesichts mannigfacher Einmischungen von außen, an denen nicht zuletzt auch Rußland und andere GUS-Staaten beteiligt waren, illusorisch. In dem Konflikt erhalten die Taliban ihre Hauptunterstützung von Pakistan und Saudi-Arabien, die Kräfte der Nordallianz von Rußland und dem Iran. Die internationale Berichterstattung meldete im Vorfeld der neuesten Talibanoffensive intensive Militärhilfe für die Nordallianz aus Rußland, Zentralasien und besonders aus dem Iran. Teheran reagierte Ende August mit einer klaren Drohgebärde gegen den östlichen Nachbarn und schickte mehr als 70.000 Soldaten und Revolutionsgardisten zum Manöver ins Grenzgebiet zu Afghanistan. Moskau dementierte direkte Waffenhilfe für irgendeine Konfliktseite in Afghanistan. Ein Hauptempfänger von Waffen, der berühmte Feldkommandant Ahmad Shah Mas'ud, sagte in einem Interview aus, die Waffenlieferungen aus Rußland gingen nicht durch Regierungs- sondern überwiegend durch mafiöse Kanäle.<sup>9</sup> US-Analysten sehen den internationalen Waffenmarkt als Hauptquelle der militärischen Ausstattung der Taliban-Gegner an, weisen aber auf direkte russische und iranische Unterstützung hin.

<sup>4</sup> Siehe Artikel des pakistanischen Botschafters in Moskau, Mansur Alam, in: Segodnja, 19.8.1998, S. 3.

<sup>5</sup> Segodnja, 15.8.1998, S. 3.

<sup>6</sup> ITAR-TASS, engl., 20.8.1998, SWB-SU/3312 G/1 (3), 22.8.1998.

<sup>7</sup> Nezavisimaja gazeta, 13.8.1998.

<sup>8</sup> Izvestija, 11.8.1998.

<sup>9</sup> International Herald Tribune, 28.7.1998, S. 1.

Das Feindbild gegenüber den Taliban wird nicht von allen russischen Kommentatoren geteilt. Die Duma-Fraktion der Liberal Demokratischen Partei Shirinowskijs forderte das Außenministerium auf, seine Politik gegenüber den Machthabern in Afghanistan zu überdenken. Die Bewegung der Taliban sei nicht mehr gegen Rußland gerichtet, wie es der "Heilige Krieg" gegen die sowjetische Besatzung noch gewesen sei. Mit der einseitigen Unterstützung der Nordallianz wiederhole Rußland den Fehler von 1979. "Am Ende werden wir das Regime der Taliban doch anerkennen, aber dann mit großer Verspätung und mit großen Verlusten".<sup>10</sup> Auch seriösere Stimmen als die Shirinowskijs warnten vor einer einseitigen Afghanistanpolitik. Moskau begehe mit seiner feindlichen Position gegenüber den Taliban eine große Dummheit, meint der Direktor des Zentrums für strategische und internationale Studien, Andrej Piontkowski.<sup>11</sup>

### Reaktionen in den zentralasiatischen GUS-Staaten

In den zentralasiatischen GUS-Staaten zeigten sich wie schon bei den Talibanoffensiven im Vorjahr unterschiedliche Reaktionsmuster. Erwartungsgemäß reagierte die Regierung *Tadschikistans* am stärksten und arbeitete am engsten mit Rußland zusammen. In Duschanbe zeigte man sich "durch die Zuspitzung der militärischen und humanitären Lage an der tadschikisch-afghanischen Grenze sowie einen bedeutenden Andrang afghanischer Flüchtlinge an dieser Grenze" zutiefst beunruhigt. Die Regierung ließ provisorische Flüchtlingslager an einem Abschnitt der Grenze errichten.<sup>12</sup> Auch in russischen Erklärungen werden unkontrollierbare Migrationen aus Afghanistan beschworen, darunter das Einsickern von Taliban in den GUS-Raum. Der Direktor des Grenzschutzes der Russischen Föderation sicherte Präsident Rahmonow alle notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu, sollten die Taliban in irgendeiner Weise die Grenze antasten. Ein iranischer Radiosender in Maschad meldete die Massierung von 10.000 Flüchtlingen aus den Kampfgebieten Afghanistans an der Grenze zu Tadschikistan.<sup>13</sup> Westliche Beobachter in Tadschikistan hatten bei Vorstößen der Taliban nach Nordafghanistan im vergangenen Jahr allerdings keine größeren Fluchtbewegungen über die Grenze hinweg festgestellt. Rußland und Tadschikistan warben für verstärktes GUS-Engagement für die Sicherung der tadschikisch-afghanischen Grenze.

Am 14. August äußerten der kasachstanische Präsident Nasarbajew und der iranische Außenminister Charrazi in Astana, der neuen Hauptstadt *Kasachstans*, "tiefe Besorgnis" über die Situation in Afghanistan und plädierten für eine "breite Koalitionsregierung" in Kabul, in der die Interessen aller ethnischen Segmente der afghanischen Gesellschaft repräsentiert sein müßten – eine Forderung, die von Rußland und seinen Sicherheitspartnern in Zentralasien mit Nachdruck vertreten wird, aber mit den realen Machtverhältnissen in Afghanistan nicht mehr übereinstimmt. Charrazi hob die Bedrohung aller zentralasiatischen Staaten durch die Situation in Afghanistan hervor. Dagegen hielt ein Kommandeur des kasachstanischen Grenzschutzkontingents an der tadschikisch-afghanischen Grenze die Talibanfurcht für übertrieben. Es bestehe jedenfalls kein ernsthafter Grund, das Kontingent aufzustocken.<sup>14</sup> Kasachstan hatte sich bisher bei Kommentaren über die Bedrohung Zentralasiens durch den "islamischen Fundamentalismus" zurückgehalten. Die Umtriebe sogenannter "Wahhabiten", die in Usbekistan 1998 zu einem Hauptthema in sicherheits- und religionspolitischen Aussagen wurden, fanden hier kaum Erwähnung. In letzter Zeit wurden jedoch auch in Kasachstan Klagen über islamistische Aktivitäten laut. ITAR-TASS zitierte kürzlich einen Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats, der "ausländische Missionare" der Verbreitung eines "radikalen islamischen Fundamentalismus" im Lande bezichtigte. Von einer Gruppe ägyptischer, sudanesischer und jordanischer "Missionare" war hierbei die Rede. Sie hätten ein Religionsseminar organisiert, auf dem zur gewaltsamen Veränderung der säkularen Verfassung des Landes aufgerufen worden sei. Außerdem sollen den Rechtsschutzorganen Bürger Kasachstans bekannt sein, die an islamistischen Bildungszentren im Ausland indoktriniert

<sup>10</sup> Interfax, engl., 12.8.1998, SWB-SU/3304 B/8-9 (32).

<sup>11</sup> Zit. in: Frankfurter Rundschau, 15.8.1998.

<sup>12</sup> ITAR-TASS, russ., 11.8.1998/16.40/JU (ebenda, S. 2); Interfax, engl., 18.8.1998/SWB-SU/3310 G/1 (4), 20.8.1998.

<sup>13</sup> Voice of the Islamic Republic of Iran, in: Dari, 16.8.1998, SWB-SU/3308/G/1 (1), 18.8.1998.

<sup>14</sup> Interfax, engl., 14.8.1998, ebenda (4).

würden und nach ihrer Rückkehr versuchten, die Jugend Kasachstans in extremistische Gruppierungen hineinzuziehen.<sup>15</sup>

*Kirgistan* verstärkte Sicherheitsmaßnahmen in seinen Grenzregionen zu Tadschikistan. Vize-Verteidigungsminister Ismail Isakow begründete dies mit Kollisionen zwischen "militanten Kräften" aus dem Nachbarland und kirgisischen Hirten. Man erwarte allerdings keine Massenflucht nach Kirgistan infolge der Kämpfe in Afghanistan oder eine ernsthafte Grenzverletzung. Die Grenze zur GUS anzutasten hieße, gleich mehreren, durch ein kollektives Sicherheitssystem zusammengebundenen Staaten den Krieg zu erklären. Provokationen durch kriminelle Elemente seien allerdings nicht auszuschließen.

Der usbekische Präsident Karimow nahm die Lage in Afghanistan zum Anlaß für eine militärische Selbstdarstellung *Usbekistans*. Nach einer Besichtigung der Grenze zu Afghanistan teilte er Journalisten mit, daß die usbekischen Streitkräfte die Republikgrenzen aus eigenen Kräften beschützen könnten. Sie seien besser organisiert und stärker als jede andere Armee in der Region. Die Entwicklungen in Afghanistan seien zwar besorgniserregend, aber die Regierung Usbekistans halte ein wachsameres Auge auf sie. Vor allem sei die Regierung fest entschlossen, Frieden und Stabilität gegenüber inneren und äußeren Gefahren zu verteidigen. In diesem Zusammenhang kritisierte Karimow ausländische Journalisten, die an der Menschenrechtspolitik in Usbekistan Anstoß genommen hatten und empfahl Afghanistan sein Land als Modell für Stabilitäts- und Friedenswahrung. Er zerstreute die Befürchtung, die Taliban planten die Eroberung alter islamischer Kulturzentren in Usbekistan wie Samarkand und Buchara. Usbekistans Haltung im Afghanistankonflikt hat sich offensichtlich geändert. Hatte Taschkent früher auf der Seite eines bestimmten Akteurs im afghanischen Drama, nämlich auf der des usbekischen Generals Dostum, gestanden und die Gegner der Taliban unterstützt, nahm es diesmal eine eher neutrale und zurückhaltende Position ein. Die usbekischen Gebiete in Nordafghanistan werden nunmehr von den Taliban kontrolliert. Usbekische Vertreter bei einem Gipfel der "Zentralasiatischen Union" (wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kooperationsgemeinschaft Usbekistans, Kasachstan, Kirgistans) am 22. August erklärten den Krieg in Afghanistan zur inneren Angelegenheit des Nachbarlands. Auf dem Gipfel berührte man auch die Frage einer eventuellen diplomatischen Anerkennung der Taliban, wobei aber unterstrichen wurde, daß ein solcher Schritt nur im Zusammengehen mit Rußland möglich sei. Eine russische Quelle bewertet die usbekische Haltung gegenüber den neuen Machtverhältnissen in Afghanistan als den Verzicht auf die Unterstützung einer "usbekischen Autonomie" im Nachbarland und die Anerkennung der Tatsache, daß die Taliban nunmehr den Norden Afghanistans kontrollieren.<sup>16</sup> Ganz im Gegensatz dazu stand eine aufsehenerregende Zeitungsmeldung über eine usbekische Militärintervention in Afghanistan. "Kommersant Daily" berichtete am 14. August von usbekischen Truppenbewegungen in das Panjir-Tal, ein Gebiet, das von der Zeitung allerdings völlig falsch lokalisiert wurde, nämlich im umkämpften Norden statt im Landesinneren Afghanistans. Einen Tag später trat der russische Vize-Außenminister Paschuhow den Berichten über das Eingreifen eines GUS-Staates in die afghanischen Kämpfe entgegen. Für "Zeitungsenten dieser Art" habe Usbekistan nicht den geringsten Anlaß gegeben.<sup>17</sup>

*Turkmenistan* hatte sich unter allen zentralasiatischen GUS-Staaten am wenigsten an den Bedrohungsperzeptionen gegenüber dem Vormarsch der Taliban in den letzten Jahren beteiligt. Seine Kommentare anläßlich der jüngsten Offensive bezogen sich überwiegend auf jenes Pipelineprojekt, das seine Gasfelder mit den Energiemärkten in Pakistan und Indien verbinden soll. Dieses Projekt würde durch die neuerlichen Kämpfe nicht gefährdet. Aschgabad legte dabei Wert auf die Feststellung, daß die Pipeline über afghanisches Territorium "ein rein ökonomisches Projekt ist, das keinerlei politische Ziele verfolgt".<sup>18</sup>

<sup>15</sup> ITAR-TASS, engl., 14.8.1998, ebenda (8).

<sup>16</sup> Vladimir Georgiev in: Nezasvisimaja gazeta, lektronnaja versija, 28.8.1998.

<sup>17</sup> Izvestija, 15.8.1998.

<sup>18</sup> Interfax, engl., 14.8.1998, SWB-SU 3308/G/3 (10)

## Pipelines und Islam

Doch eben dieses Projekt spielt eine politische Rolle in den Entwicklungen des Afghanistankonflikts seit 1996 und in der Interessenkonstellation regionaler und globaler Kräfte, die Einfluß auf ihn nehmen.<sup>19</sup> Der Afghanistankonflikt erlangte mit dem sogenannten neuen "great game" um die Ressourcen der kaspischen Region und ihre Exportlogistik einen veränderten geostrategischen Kontext. Die beharrlichen Bemühungen um den Bau der 1.464 km langen Pipeline vom Erdgas-Feld Dauletabad in Südturkmenistan nach Multan in Zentralpakistan, die auf einer Länge von über 800 km über afghanisches Territorium verlaufen würde, beziehen Afghanistan in einen neuen eurasischen Verkehrsraum ein, der nostalgisch mit den alten Seidenstraßen assoziiert wird und um dessen Ausgestaltung international gerungen wird. Afghanistan würde als Transitland an Bedeutung und ökonomischen Ressourcen gewinnen und zum integralen Bestandteil einer Vernetzung Zentralasiens mit Südasien werden. An dieser Entwicklung bezeugten sowohl Pakistan als auch die USA Interesse, während sich der Iran und Rußland durch sie benachteiligt fühlen, da diese "zentralasiatische Route" nicht zuletzt dazu bestimmt ist, diese beiden Länder beim Export kaspischer Rohstoffe zu umgehen.

Das Gefühl der "Bedrohung aus dem Süden" hängt mit dem Verlust strategischer und wirtschaftlicher Positionen Rußlands an seiner alten Südflanke zusammen. Diffuse Ängste vor "islamischer Bedrohung" verbinden sich mit einem Verlust- und Verdrängungssyndrom, in dem eine wachsende Zahl internationaler Akteure im Kaukasus, in Zentralasien, im kaspischen Raum als Gegenspieler der "nationalen Interessen" Rußlands wahrgenommen werden. Pipelines und Islam verbinden sich zu einer Rußland feindlichen Welt. In dieser Wahrnehmung konspirieren einerseits amerikanische Akteure mit Talibanführern, um eine Exportroute unter Umgehung der alten Anbindung Zentralasiens an Rußland durchzusetzen, führt andererseits die "russische Route" für kaspische Rohstoffe ausgerechnet durch nordkaukasische Gebiete, die am stärksten von "wahhabitischen" Untergrundaktivitäten erschüttert werden. Da knüpft der tschetschenische "Außenminister" Udugow "diplomatische Beziehungen" zu den Taliban<sup>20</sup> und warnen Experten vor der "Afghanisierung" Tschetscheniens und anderer Teile des Nordkaukasus. In dem Moment, als russische Politiker die "Bedrohung aus dem Süden" so eindringlich wie selten zuvor herausstellen und zu einer Intensivierung russischer Südpolitik aufrufen, bricht die bisher größte Finanz- und Politikkrise über Rußland herein und macht das Dilemma von "Großmachtspolitik ohne Großmachtressourcen" so klar wie nie zuvor.

Uwe Halbach

---

<sup>19</sup> Träger des Projekts sind die zu 54,11% an dem im Oktober 1997 gegründeten "Central Asia Gas Pipeline Consortium" beteiligte US-Firma Unocal, die Regierung Turkmenistans (7%), die saudische Delta Oil Company (15%), die japanischen Gesellschaften Itochu Corporation und Inpex (jeweils 7,22%), Südkoreas Hyundai (5,54%) und Pakistans Crescent Group (3,89%). Ursprünglich hatte man auch Gazprom mit einem 10%igen Anteil bedacht, um Moskau in ein Projekt einzubinden, das letztlich der Umgehung sowohl Rußlands als auch Irans beim Export kaspischer Rohstoffe dienen sollte. Gazprom schied aber im Januar 1998 aus dem Konsortium aus. Von amerikanischer Seite wird das Projekt zunehmend von friedlicheren Verhältnissen in Afghanistan abhängig gemacht, seine Umsetzung damit in eine nicht näher bestimmbare Zukunft verrückt.

<sup>20</sup> Nezavisimaja gazeta, 22.8.1998, S. 2.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>